

Bildungsgerechtigkeit: Die Zeit drängt!

Pädagoginnen und Pädagogen fordern Maßnahmen gegen eine Zwei-Klassen-Gesellschaft

Bildungsgerechtigkeit ist in unserer Gesellschaft Konsens. Alle Kinder sollen sich und ihre Fähigkeiten bestmöglich entwickeln können.

Wir nehmen jedoch mit großer Sorge wahr, dass dieses Ziel in immer weitere Ferne rückt. Mehrere unabhängige Studien aus den letzten Jahren haben in bedrückender Weise dokumentiert, wie sich das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft auf unsere Kinder, ihre Bildung und ihre Schulen auswirkt.

Wir fordern darum die Einsetzung eines unabhängigen Bildungsrats, in dem Experten aus allen Bereichen vertreten sind: Schulpraxis und Erziehungswissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Sie sollen Leitlinien und konsensfähige Reformvorschläge für die Entwicklung unseres Bildungssystems erarbeiten.

Das Problem

Schon bei Schuleintritt betragen die Entwicklungsunterschiede der Kinder mehrere Jahre. Kinder, die in Armut oder in prekären Verhältnissen aufwachsen, haben keine Chance, in ihrer Entwicklung ebenso gefördert zu werden wie andere. In einem der reichsten Länder der Welt nimmt Bildungsarmut vor allem in den Ballungsgebieten zu. Die betroffenen Kinder sind gegenüber anderen mehrfach benachteiligt. Sie haben, so 2017 die Kinderkommission des Bundestages, „vermehrt ein geringeres Selbstwertgefühl und Vertrauen in die Umwelt, verfügen über weniger Handlungsoptionen zur Lösung von Problemen und neigen stattdessen bei Konfliktsituationen häufiger zu Gewalt oder zu Rückzugsverhalten.“ Und weiter: „Besonders deutlich wird die Benachteiligung armer und armutsgefährdeter Kinder im Bildungsbereich. Dass es einen starken Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft eines Kindes und seinem Bildungserfolg gibt, ist zwar seit Langem bekannt, doch im Wesentlichen hat sich gerade in den letzten Jahren wenig daran geändert.“¹

Schon in der Grundschule bleiben solche Kinder hinter anderen zurück. Beim Übergang in die Sekundarstufe I erleben sie und andere sich zum ersten Mal als Bildungsverlierer. Spätestens im 4. Schuljahr wird die Tendenz des Auseinanderdriftens zu massivem Druck: Die einen streben mit aller Kraft nach „oben“, die anderen werden nach „unten“ abgedrängt. Wenn Eltern ihre Kinder, entgegen der Empfehlung, an einer Realschule oder einem Gymnasium anmelden, kommen diese oft erneut nicht mit und werden wieder abgeschult. Jahr für Jahr werden Zehntausende von Kindern auf diese Weise durch die frühe Erfahrung des Nicht-Genügens oder des Scheiterns in ihrer Biografie und in ihrem Selbstwertgefühl beschädigt.

Das in den meisten Bundesländern eingeführte Zwei-Säulen-Modell soll eine gleichwertige Bildung für alle Kinder sichern. Mit der sich verschärfenden Spaltung unserer Gesellschaft wächst jedoch die Gefahr, dass es zunehmend zu einem Zwei-Klassen-Modell wird. Dies gilt vor allem für Ballungsgebiete. Der Andrang zu den Gymnasien

¹ Deutscher Bundestag – Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission). Kommissionsdrucksache vom 9. März 2017

nimmt zu, bedingt durch Konkurrenz und Zukunftsangst. Im Gegenzug gibt es einen starken Abschiebedruck nach „unten“.

Gymnasien können ihren Auftrag nicht erfüllen, wenn sie zur Schule für alle werden – es sei denn, sie bejahen diese Entwicklung und werden zu Gesamtschulen. Schulen der Zweiten Säule (Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Sekundarschulen, Oberschulen ...), die die Vielfalt der Gesellschaft in sich abbilden und annehmen sollen und wollen, können ihren Auftrag nur erfüllen, wenn sie nicht zu „Restschulen“ werden.

Auch im Bereich der beruflichen Bildung verstärkt sich eine schulformspezifische Stigmatisierung: Absolventen der Hauptschule haben immer weniger Chancen, einen Ausbildungsplatz ihrer Wahl oder überhaupt einen Ausbildungsplatz zu finden.

Die Einführung der inklusiven Bildung – dazu gehört auch die Integration von Kindern mit Fluchtgeschichte - stellt die Schulen gegenwärtig vor neue Aufgaben. Ausdrücklich bejahen wir diesen Auftrag, sehen ihn als Bereicherung und produktive Herausforderung an. Dieser Auftrag muss von allen Schulen angenommen und umgesetzt werden. Solange das nicht geschieht, verstärkt sich der Problemdruck in Schulen der zweiten Säule, die ohnehin mit allen Folgen gesellschaftlicher Verwerfungen belastet sind. Diese äußern sich gegenwärtig in einer starken Zunahme des Anteils von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten. Auch für sie angemessene Lernumgebungen zu schaffen, ist die größte Herausforderung für alle Schulen. Diese Kinder bringen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Kollegien an ihre Grenzen. Gerade sie werden verstärkt in Schulen der zweiten Säule abgeschoben.

Was auch Kinder mit sehr schwierigen Voraussetzungen unter besseren Bedingungen leisten können, zeigt das Beispiel vieler guter Schulen. Dort werden Stärken wahrgenommen und gefördert, wird Lernen auf Vielfalt angelegt, wird frühzeitige Profilierung durch Wahlangebote ermöglicht, so dass alle Schülerinnen und Schüler sich und ihre Fähigkeiten bestmöglich entwickeln können. Diesen durch unsere Verfassung bestätigten Bildungsanspruch sehen wir gefährdet, weil seine Umsetzung ohne weit reichende Reformen und Unterstützungsmaßnahmen nicht mehr gewährleistet ist. Extrem ungünstige Bedingungen haben einen Teufelskreis der Mehrfach-Benachteiligung zur Folge: Motivation, Lernbereitschaft und Leistungen sinken, Gewaltbereitschaft und Anfälligkeit für radikale Simple-Botschaften und Verführungen nehmen zu. Von Gleichwertigkeit der beiden Säulen kann dann keine Rede mehr sein.

Für die notwendigen Veränderungen bedarf es eines verstärkten Engagements für eine Pädagogik der Vielfalt und einer neuen gesellschaftlichen Anstrengung. Dafür steht der Bildungsrat.

Notwendige erste Schritte

Es ist Aufgabe des Bildungsrats, für die hier genannten Probleme Lösungen zu finden. Wir sehen dringenden Reformbedarf auf folgenden Ebenen:

Vorschulische Bildung: Alle Kinder haben Anspruch auf eine bestmögliche kostenlose Förderung durch geschultes Personal. Was in die elementare Bildung investiert wird, zahlt sich später vielfach aus!

Die einzelnen Schulen: Die Schule ist für die ihr anvertrauten Kinder da, nicht umgekehrt. Schulen müssen ermutigt werden, diesen Grundsatz in konsequente Unterrichts- und Schulentwicklung umzusetzen.

Professionelle Lerngemeinschaften: Eine solche Pädagogik und Didaktik der Vielfalt stellt höchste Ansprüche an die Haltung und an das Können von Lehrerinnen und Lehrern. Lehreraus- und -fortbildung müssen zusammenwirken, um solches Lernen zu sichern.

Staatliche Kontrollen und Maßnahmen der Evaluation: Vor einem Denken in Gewinnern und Verlierern hat bereits die Expertenkommission zur Einführung von Bildungsstandards gewarnt und darum für Mindeststandards plädiert. Diese können in Kombination mit Profilprüfungen nachgewiesen werden.

Es ist Aufgabe aller Schulen, ihren Schülerinnen und Schülern zu bestmöglichen individuellen Leistungen zu verhelfen. Hohe Testwerte allein sind aber noch keine Garantie für Qualität. „Gut“ ist eine Schule erst dann, wenn sie allen ihren Schülerinnen und Schülern auf der Basis einer demokratischen Lebens- und Lernkultur eine bestmögliche Entwicklung ermöglicht.

Systemsteuerung: *Inklusion* ist die Aufgabe aller Schulen: Alle Kinder müssen mitgenommen, nicht abgeschult werden. Wir brauchen ein umfassendes Konzept zur Familienbegleitung.

Kommunale Entwicklung: Das Entstehen von „Ghettos“ und Parallelgesellschaften muss durch Stadtteilentwicklung und Steuerung der Schülerströme verhindert werden.

Wirtschaft und Politik: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes muss in gemeinsamer Verantwortung von Wirtschaft und Politik so gesteuert werden, dass alle die Chance haben, zu arbeiten und von dieser Arbeit zu leben. Heranwachsende dürfen nicht in die Perspektivlosigkeit entlassen werden.

Nur eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung kann dies verhindern. Das Zurücklassen vieler Kinder und Jugendlicher gefährdet unsere Demokratie. Es darf nicht von wechselnden Partei-Mehrheiten abhängen, was unter sozialer Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit zu verstehen ist!

Wir bitten darum alle Bürgerinnen und Bürger, sich diesem Aufruf anzuschließen. Wir bitten alle, die im Bildungsbereich Verantwortung tragen, unsere Forderungen zu unterstützen. Wir fordern die Kultusministerkonferenz, die Länderregierungen und die Bundesregierung auf, sie umzusetzen.

Dr. Hans Brügelmann, Prof. für Erziehungswissenschaft (i.R.), Universität Siegen

Dr. h.c. Annemarie von der Groeben, ehem. Didaktische Leiterin der Laborschule Bielefeld, Vorsitzende der Bildungsinitiative TABULA e.V.

Dr. Hilbert Meyer, Prof. für Erziehungswissenschaft (i.R.), Universität Oldenburg

Renate Nietzschmann, ehem. Leiterin der Stadtteilschule Bergedorf

Dr. Susanne Thurn, ehem. Leiterin der Laborschule Bielefeld, Hon. Prof. für Erziehungswissenschaft